



Das Bündner Komitee für ein JA zum Klimaschutz-Gesetz startet in den Abstimmungskampf

Chur und Savognin, 17. April 2023

Am 18. Juni stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über das Klimaschutz-Gesetz, den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative, ab. Eine sehr grosse Mehrheit hat dem Gesetz im Parlament zugestimmt. Auch im Kanton Graubünden wird das Anliegen von einer breiten Allianz getragen. Zahlreiche Politikerinnen und Politiker von der FDP, der Mitte, den GRÜNEN, der GLP und der SP engagieren sich im überparteilichen Komitee. Für die Medienkonferenz hat sich das Komitee in Savognin getroffen.

Mit dem Klimaschutz-Gesetz will die Schweiz klare Klimaziele setzen und Verantwortung für die künftigen Generationen übernehmen.

Die Folgen des Klimawandels sind im Kanton Graubünden vielerorts spürbar

Der Kanton Graubünden ist besonders stark vom Klimawandel betroffen, im Sommer, wie auch im Winter. Seit der vorindustriellen Zeit ist der Temperaturanstieg in den Alpen doppelt so hoch, wie im weltweiten Durchschnitt, mit fatalen Kostenfolgen und Gesundheitsrisiken. Wasser muss per Helikopter auf die Alpen gebracht werden, auftauende Permafrostböden lösen Bergstürze aus, Hitze und Trockenheit führen zu Ernteaussfällen und schneearme Winter setzen dem Tourismus zu.

Die Alpen, Arbeitsplätze und Innovation: Wir schützen, was uns wichtig ist!

Die Alpen sind der grösste und artenreichste Naturraum Europas und zählen zu den beliebtesten Reisezielen weltweit. Unsere Berge sind das Wasserreservoir für ganz Europa. Das Klimaschutzgesetz unterstützt das Anliegen, unsere Alpen zu schützen, die uns allen als identitätsstiftenden Heimatort, als Lebensgrundlage, Arbeits- und Wirkungsort sowie unersetzliches Erholungsgebiet dient.

Dank einem weitgefächerten und guten Impulsprogramm werden mit dem Gesetz der Ersatz von Heizungen und die Gebäudesanierung gefördert. Zudem unterstützt der Bund Unternehmen bei der Reduktion von Emissionen und fördert innovative Technologien. Dies wird auch im Kanton Graubünden Arbeitsplätze sichern und neue spannende Arbeitsplätze in vielen Branchen fördern.

Die Schweiz ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Es steht eine spannende Zeit bevor und für unsere Kinder und Enkelkinder wird die fossilfreie Zukunft die Normalität sein.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen zur Verfügung:

Rea Furrer, Koordination Klimaschutz Gesetz Ja Graubünden
graubuenden@klimagesetz.ch, 081 552 01 99



Alleanza del Centro
Grigioni

Allianza dal Center
Grischun

Die Mitte
Graubünden

Kevin Brunold

Grossrat Mitte, Co-Präsident Mitte Graubünden
Geschäftsleiter Surselva Tourismus AG

«Als Tourismusdirektor ist für mich klar: Wer für eine wirtschaftlich erfolgreiche Schweiz und einen starken Bündner Tourismus einsteht, sagt Ja zum Klimaschutzgesetz.»

Der **Wintertourismus ist der wichtigste Tourismuspfeiler von Graubünden**. In den Wintermonaten wurden in den letzten Jahren ca. 54% der bis zu 5.6 Mio. Hotel-Logiernächte in Graubünden generiert. Der Haupttreiber für die Wintersaison sind die Skigebiete. Die Gäste kommen im Winter nach Graubünden, weil sie Skifahren möchten. Nach diesem schneearmen Winter sind sich hoffentlich alle bewusst geworden, wie abhängig wir vom Schnee und den kalten Temperaturen sind. Ohne Schnee fehlt uns im Winter die wirtschaftliche Existenzgrundlage. Das Klimaschutzgesetz ist der richtige Weg: Bis 2040 soll der Treibhausgas-Ausstoss um 75% im Vergleich zum Stand von 1990 reduziert werden. Genau das müssen wir tun, wenn wir auch in Zukunft genügend natürlichen Schnee für den Wintertourismus haben möchten. Unsere Bergbahnen, die Hotellerie und die Tourismusbetriebe sind bereits daran in die Nachhaltigkeit zu investieren: Heizsysteme werden ausgewechselt, energetische Gebäudesanierungen durchgeführt, Photovoltaikanalagen installiert u.v.m. Genau diese Massnahmen werden durch das Klimaschutzgesetz gefördert und wir dürfen hoffen, dass es auch in Zukunft noch viele Wintersaisons mit viel Schnee gibt.

Der Bündner Sommertourismus hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Es ist ein klarer Anstieg der Logiernächte festzustellen. Beim Sommertourismus hat Graubünden vieles richtig gemacht. Wir durften aber auch von externen Faktoren profitieren, bei welchen wir keinen Beitrag geleistet haben. Einerseits war dies die Pandemie. Andererseits ist es in den letzten Jahren in den Städten sehr warm gewesen und viele Menschen sind in die Berge zur kühleren Bergluft geflohen. Dies muss uns zu denken geben. Durch die Klimaerwärmung schmelzen unsere Gletscher. Aber auch der Permafrost unserer schönen Berge schmilzt und Naturkatastrophen können zunehmen. Dies stellt den Bergkanton Graubünden vor grosse Herausforderungen, müssen wir nämlich sowohl unsere Einheimischen wie auch unsere Gäste vor den Naturgefahren schützen. **Denn was wir für den Erhalt des Tourismus wie auch für die dezentrale Besiedelung in unserem Kanton nicht gebrauchen können, ist Angst vor Naturgefahren.** Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir das Klimaschutzgesetz annehmen und den Treibhausgas-Ausstoss reduzieren. Schützen wir unsere Alpenwelt!

Ich bin überzeugt, dass die Förderung neuartiger Technologien der Bündner und Schweizer Wirtschaft hilft, sich auch für die Zukunft wirtschaftlich stark aufzustellen. **Und letztendlich glaube ich auch, dass die positive Geisteshaltung gegenüber der Nachhaltigkeit eine positive Wirkung auf den Ruf der Schweiz hat, was wiederum unserem Tourismus hilft.**



FDP
Die Liberalen

PLR
I Liberali Radicali

PLD
Ils Liberals

Samuele Censi

Grossrat FDP
Sindaco Grono

«Grazie alla Legge clima siamo noi ad assumerci maggiori responsabilità nel risanamento energetico e nella mobilità quotidiana attraverso incentivi ed innovazione a favore delle generazioni future.»

Questa Legge, frutto di un tipico compromesso svizzero, non ha lo scopo di introdurre nuove tasse e divieti, bensì favorire una transazione energetica attraverso importanti incentivi a cittadini ed aziende. Con il disegno di legge, la Confederazione e il Cantone sono obbligati a darsi obiettivi precisi e prendere misure concrete per proteggere la natura e le persone dalle conseguenze del riscaldamento globale in atto, particolarmente sensibile soprattutto nelle regioni di montagna dell'arco alpino. Il testo di legge è un'opportunità anche per la nostra economia: già oggi le PMI e le aziende formatrici sono attente e sensibili ai temi ambientali e al benessere dei loro collaboratori.

Con la Legge clima in votazione il prossimo 18 giugno, creiamo condizioni quadro chiare ed affidabili che consentiranno alle aziende di migliorare la propria capacità produttiva e dotarsi di manodopera qualificata. Vogliamo rafforzare l'economia svizzera e ridurre sprechi, costi ed emissioni. Inoltre e per concludere, votando Sì il prossimo 18 giugno investiamo nell'innovazione, incentiviamo la sostituzione degli impianti di riscaldamento e il risanamento degli edifici. Così facendo proteggiamo il clima e generiamo valore aggiunto nel nostro Paese.



Géraldine Danuser

Grossrätin GLP

Vizepräsidentin Gemeinderat Chur

Präsidentin Grünliberale Graubünden

«Nach der Unterzeichnung des Pariser-Klimaabkommens vor 8 Jahren ist es nun höchste Zeit, das Ziel Netto-Null 2050 gesetzlich zu verankern. Das Klimaschutzgesetz weist den Weg aus der Abhängigkeit von fossiler Energie und stellt die Weichen für eine klimaneutrale Zukunft der Schweiz.»

Der Klimawandel gehört zu den grössten globalen Herausforderungen unserer Zeit.

Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Klimaabkommens von 2015 dazu verpflichtet, bis 2050 nicht mehr Treibhausgase auszustossen, als natürliche und technische CO₂-Speicher aufnehmen können (Netto-Null-Ziel). Das Klimaschutzgesetz regelt den Weg dorthin auf gesetzlicher Ebene und ist der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative. Das Klimaschutz-Gesetz ist politisch breit abgestützt - wie man ja auch an den heutigen Vertreterinnen und Vertreter der Pressekonferenz sieht – und die Gletscher-Initiative wurde zugunsten des Gesetzes zurückgezogen. Weil jedoch das Referendum ergriffen wurde, werden wir am 18. Juni 2023 über das Klimaschutzgesetz abstimmen.

Der vorliegende Vorschlag respektiert die von der Schweiz eingegangenen Verpflichtungen und beachtet die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse auf Gesetzesesebene. Das Klimaschutz-Gesetz heisst mit vollem Namen Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit. Die drei Elemente im Titel des Gesetzes – Klimaschutz, Innovation und Energiesicherheit – stehen für die drei Pfeiler des Gesetzes. Es handelt sich um ein Rahmengesetz mit verbindlichen Zwischenzielen und Richtwerten für die Sektoren Gebäude, Industrie und Verkehr. Die definierten Leitplanken geben uns die Möglichkeit, auf die Herausforderungen der Zukunft angemessen zu reagieren.

Das Klimaschutz-Gesetz verankert das Ziel Netto-Null 2050 und weist den Weg aus der Abhängigkeit von fossiler Energie. Mit dem Klimaschutzgesetz stellt die Schweiz die Weichen für eine klimaneutrale Zukunft. Nur so können wir unserer Verantwortung gerecht werden und auch den kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen.

Das Klimaschutz-Gesetz ist gut für Graubünden, die Schweiz und die Welt!



Alleanza del Centro
Grigioni

Allianza dal Center
Grischun

Die Mitte
Graubünden

Nina Ganser-Hemmi

Grossrätin Mitte

Gemeindepräsidentin Seewis im Prättigau

«Nicht nur die Schweiz als Alpenland und der Kanton Graubünden als ausgesprochener Bergkanton sind besonders stark vom Klimawandel betroffen – der Klimawandel stellt insbesondere auch jede einzelne unserer Gemeinden vor grosse Herausforderungen. Mit dem Klimaschutz-Gesetz schützen wir, was uns wichtig ist und wir übernehmen Verantwortung.»

Natürlich geht es uns nach wie vor sehr gut – die Schweiz steht für Wohlstand und höchste Lebensqualität, Stabilität, Sicherheit und eine intakte Umwelt, sowie für ein breites und qualitativ hochstehendes Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebot. Gepaart mit der beeindruckenden Naturkulisse im Bergkanton Graubünden können die Gemeinden der Bevölkerung eine einzigartige Lage für Arbeit, Wohnen und Freizeit bieten. Aber die Idylle trägt.

In der Schweiz obliegt es den Gemeinden, die eigene Bevölkerung zu schützen. Die Gemeinden sind gefordert, in ihrem Kompetenzbereich die Anstrengungen von Kanton und Bund zum Schutz des Klimas zu unterstützen und die eigenen Risiken des Klimawandels erheblich zu verringern. Dabei sind die Kosten für Präventionsstrategien, Überwachungs- und Frühwarnsysteme sowie für Schutzmassnahmen enorm – egal ob für moderne Alpenstädte oder für idyllische Bergdörfer. Im Grundsatz ist allen klar: «Wir können nicht gegen die Natur kämpfen. Wir müssen ihr ihren Raum lassen und uns anpassen.» Aber es ist irgendwie menschlich, dass die logische Konsequenz einer Anpassung – gerade auch an den Klimawandel – nicht mehr sehr erstrebenswert ist, wenn es einzelne persönlich betrifft oder gar einschränkt. Nichtsdestotrotz müssen die Herausforderungen des Klimawandels auch in jeder einzelnen Gemeinde erkannt und ein passendes Massnahmenpaket dazu geschnürt werden. Bund und Kanton bieten hierbei Unterstützung an dafür, aber die Umsetzung von konkreten Massnahmen ist Aufgabe der Gemeinden.

Mit dem Klimaschutz-Gesetz schützen wir, was uns wichtig ist. Wir übernehmen Verantwortung für die kommenden Generationen und machen die Schweiz und ihre Wirtschaft zukunftsfähig. Der pragmatische Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative des Parlaments bringt effektiven Klimaschutz. Wir setzen auf langfristige Klimaziele, Investitionen und die Förderung von Innovationen sowie den Ersatz von Heizungen und Gebäudesanierungen für jede und jeden einzelnen, für die Gemeinden, unseren Bergkanton Graubünden, dem Alpenland Schweiz und im Endeffekt für die ganze Welt. Schlussendlich sitzen wir alle im selben Boot.



FDP
Die Liberalen

PLR
I Liberali Radicali

PLD
Ils Liberals

Anna Giacometti

Nationalrätin FDP

«Das Klimaschutz-Gesetz bringt Wertschöpfung und ist gut für die Wirtschaft und für das lokale Gewerbe! Wir müssen die Energiewende als Chance erkennen und nutzen.»

Das Klimaschutzgesetz besteht aus lediglich 15 Artikeln, enthält keine Verbote und führt keine neuen Steuern, Gebühren oder Abgaben ein. So kommt der Klimaschutz voran, ohne zusätzliche Kosten für Unternehmen oder Konsumentinnen und Konsumenten. Das Klimaschutz-Gesetz ist ein Rahmengesetz, es gibt in erster Linie Ziele und Zwischenziele vor.

Das Klimaschutz-Gesetz ist technisch möglich und hat wirtschaftlich tragbare Ziele. Dieses Prinzip gilt auch auf die Zwischenziele in den Sektoren Gebäude, Verkehr und Industrie.

Die Energiewende löst Investitionen ab. Unternehmen sind gefordert, rechtzeitig neue Lösungen umzusetzen. Das Gesetz enthält interessante Anreize, wie zum Beispiel 200 Millionen pro Jahr für die nächsten 6 Jahre zur Förderung innovativer Technologien, die den Unternehmen den Energiewandel ermöglichen.

Für den Ersatz von fossilen Heizungsanlagen und elektrischen Widerstandsheizungen und zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden sind **jährlich 200 Millionen über 10 Jahre** vorgesehen. Gemäss dem Bundesamt für Statistik wurden 2021 in der Schweiz fast 60% aller Gebäude mit Wohnnutzung mit fossilen Energiequellen und 8% mit Elektrizität beheizt; im Kanton Graubünden wurden im selben Jahr 43.1% der Wohngebäude mit fossilen Energiequellen und 13.1% mit Elektrizität beheizt.

Heute fliessen 8 Milliarden Franken für fossile Energieträger ins Ausland. Wir kaufen Öl, Gas und Kohle, die nicht in der Schweiz produziert werden. Mit diesem Gesetz werden wir unabhängiger vom Ausland, generieren mehr Aufträge fürs lokale Gewerbe und schaffen neue Arbeitsplätze in der Schweiz und in unserem Kanton. Es gibt weniger Versorgungsengpässe, die Energiepreise werden stabiler.

Vom Impulsprogramm Heizungsersatz und Energieeffizienz im Gebäudebereich profitieren die Haustechnikbranche, die Solarbranche und weite Teile des Baugewerbes. Als führender Wirtschaftsstandort muss die Schweiz die Energiewende als Chance nutzen.

Bund und Kanton werden mit der Vorlage verpflichtet, Massnahmen zum Schutz von Natur und Mensch gegen die Folgen der Klimaerwärmung zu ergreifen.

Für den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion erarbeitet das Parlament zurzeit den Mantelerlass für eine sichere Stromversorgung. Das ist eine wichtige Grundlage für die Energiezukunft der Schweiz.



Simon Gredig

Grossrat GRÜNE

Geschäftsleiter Pro Velo Graubünden

«Meine Kinder sind zwei und vier Jahre alt, haben also unter Umständen noch 80 Jahre Leben vor sich. Ich sehe es daher als meine Pflicht an, dafür zu sorgen, dass unser Kanton auch im Jahr 2100 noch bewohnbar und lebenswert ist. Das Klimaschutzgesetz ist ein wichtiger Baustein für das Erreichen dieses Ziels.»

Ich bin 29 Jahre alt, habe also vielleicht erst ein Drittel meines Lebens hinter mir. Meine Kinder sind zwei und vier Jahre alt, haben also voraussichtlich sogar noch 80 Jahre Leben vor sich. Ich sehe es daher als meine Pflicht an, dafür zu sorgen, dass unser Kanton auch im Jahr 2100 noch bewohnbar und lebenswert ist. Das Klimaschutzgesetz ist ein wichtiger Baustein für das Erreichen dieses Ziels.

Ich habe Umweltwissenschaften studiert und im Studium die wissenschaftlichen Grundlagen von Wasserkreislauf, Stickstoffkreislauf und Kohlenstoffkreislauf gelernt. Ich habe einfache und effiziente Methoden kennen gelernt, wie man die Klimaerhitzung bremsen und sogar stoppen könnte. Und ich habe gelernt, wie rasch wir handeln müssen, wenn wir die grössten Schäden noch abwenden möchten. Als Politiker habe ich aber auch gelernt, wie lange politische Prozesse dauern, wie schwierig grosse Veränderungen sind und wie wichtig daher die kleinen Schritte sind.

Besonders für unseren Alpenkanton bieten die im Klimaschutzgesetz verankerten Massnahmen grosse Chancen. Wir haben ein demografisches Problem, uns laufen die Menschen davon. Viele Junge ziehen weg und bleiben im Unterland, für Gutmusikliebende ist unser Kanton als Wohn- und Arbeitsort zudem wenig attraktiv. Das Klimaschutzgesetz bietet die Chance, Graubünden mit Unterstützung des Bundes zum Vorzeigekanton zu machen. Mit einer konsequenten Förderung von ÖV, Fuss- und Veloverkehr kann Graubünden attraktiver werden für Neuzuzüger:innen aus dem Unterland.

Der Bund wird zudem neuartige Technologien fördern und Unternehmen beim Erstellen von Fahrplänen zur Emissionsreduktion unterstützen. Diese Massnahmen helfen mit, dass Unternehmen direkt an ihren Standorten in Forschung und Entwicklung investieren, was dem Wirtschafts- und Bildungsstandort Graubünden hilft. Mit Blick auf die kommende Generation, meine eigene Zukunft und den Kanton Graubünden stimme ich daher am 18. Juni mit Überzeugung JA zum Klimaschutzgesetz.



Sandra Locher Benguerel

Nationalrätin SP

«Mit dem JA zum Klimaschutzgesetz übernehmen wir Verantwortung für die Zukunft, für unseren Alpenraum und für künftige Generationen»

Die Zeiten sind vorbei, als die Schweiz als umweltpolitische Vorreiterin galt. Anlässlich der letzten globalen Klimakonferenz wurde das jährliche Klimaranking veröffentlicht. Die Schweiz ist im internationalen Vergleich auf Rang 22 abgestürzt, damit liegt sie hinter Ländern wie beispielsweise Ägypten oder Malta. Es ist dringend notwendig, dass auch wir endlich vorwärts machen, indem wir uns Klimaziele setzen und uns aus der Abhängigkeit von Öl und Gas befreien. Deshalb braucht es das Klimaschutzgesetz.

Schmelzende Gletscher – auch in unserem Kanton – sind das deutlichste Zeichen für den Klimawandel. Dies möchte ich am Beispiel des Morteratsch-Gletschers, welchen ich als Berggängerin regelmässig beobachte, aufzeigen: Der Morteratsch-Gletscher wird immer kürzer und das Steinfeld davor immer länger. Konkret: In den letzten 30 Jahren ist er einen Kilometer zurückgegangen, davon rund 300 Meter in den letzten fünf Jahren! Was die Wissenschaft feststellt, spielt sich aktuell vor unseren Augen ab.

Das Verschwinden der Gletscher ist ein Weckruf und die augenfälligste Folge der Erderwärmung in der Schweiz. Gletscher sind unsere Wasserspeicher und allein im letzten Sommer haben sie 6% ihres Volumens verloren. Eine kürzlich publizierte ETH-Studie zeigt auf, dass sich das Volumen der Schweizer Gletscher zwischen 1931 und 2016 halbiert hat. Und bis zum Jahr 2050 wird die Gletscherfläche in den Alpen im Vergleich zur Referenzperiode 1971-1990 vermutlich um rund drei Viertel abnehmen. Die Folgen des Gletscherrückgangs sind fatal.

Gletscher speichern Wasser, ohne Gletscher droht in der Zeit der Schneeschmelze Hochwasser. Das Schmelzen der Gletscher hat grosse Auswirkungen auf Wassernutzung insbesondere für Stromproduktion und Landwirtschaft. Dies bedeutet, dass für die Bewohnerinnen und Bewohner in den Alpen der Klimawandel durch die direkten Auswirkungen auf die Lebens- und Wirtschaftsweise und das erhöhte Risiko von Naturkatastrophen besonders stark spürbar.

Aber es geht nicht nur um Gletscher. Zahlreiche Infrastrukturen sind in den alpinen Regionen auf Permafrostböden gebaut. Durch ihr rasantes Auftauen nimmt die Stabilität des Gesteins drastisch ab. Dadurch steigt die Gefahr von Felsstürzen und Murgängen wie jenem im August 2017 in Bondo unsere Tourismusregionen bängen um Pisten und Bergpfade.

Je länger wir abwarten, desto grösser werden die Schäden für Tourismus, Landwirtschaft und die gesamte Wirtschaft. Jeder Beitrag zum Klimaschutz hat positive Folgen. Es macht einen grossen Unterschied, ob sich das Klima weltweit um 1,5 oder 2 Grad oder noch mehr erwärmt.

Ich schliesse mit einem Satz aus dem jüngsten Weltklimabericht:

«Wenn wir nun wirklich handeln, ist eine nachhaltige Zukunft für alle immer noch möglich.»



Anita Mazzetta

Grossrätin GRÜNE

Geschäftsleiterin WWF Graubünden

«Nichts tun, ist keine Option und kommt uns teuer zu stehen. Die Fördermittel für Heizungsersatz und Gebäudesanierungen ist gut investiertes Geld – für uns, für das Klima und für das heimische Gewerbe.»

Was die Klimaerwärmung anrichtet, wird immer offensichtlicher. Grüne Pisten, fehlendes Wasser, Hitzeperioden werden mehr und mehr zum Dauerzustand. Wir müssen Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen und jetzt handeln. Die Treibhausgase müssen runter. Die Klimaneutralität bis 2050 erreichen wir nur, wenn wir auch finanzielle Mittel dafür zur Verfügung stellen. Genau hier setzt das Klimaschutzgesetz an.

Ein Kernelement des Gesetzes ist der Ersatz von Öl-, Gas- und Elektroheizungen. Das ist richtig und wichtig, denn der Gebäudepark verursacht in der Schweiz 40% des Energieverbrauchs und rund ein Drittel der CO₂-Emissionen. In Graubünden werden fast 60% der Gebäude fossil oder elektrisch beheizt. Es gibt also viel zu tun. Gleichzeitig ist das auch eine Chance.

Viele Hausbesitzer scheuen den Umbau ihrer Heizung, auch aus finanziellen Gründen. Das bestehende Gebäudeprogramm zeigt Wirkung und die Fördermittel von Bund und Kantonen werden weitgehend ausgeschöpft. Die Nachfrage der Hausbesitzer*innen ist seit Jahren gross und hat jetzt mit Putins Energiekrieg nochmals sehr stark zugenommen. Wird das Klimaschutzgesetz angenommen, startet der Bund ein Impulsprogramm für 10 Jahre mit jährlich 200 Millionen Franken für den Ersatz von Öl- und Gasheizungen, aber auch von stromfressenden Elektroheizungen und Effizienzmassnahmen im Gebäudebereich. Die Hauseigentümer*innen können so die Energiekosten senken, und die Mieter*innen profitieren von tieferen Nebenkosten.

Vom Impulsprogramm für Heizungsersatz und Energieeffizienz im Gebäudebereich profitieren auch die Haustechnik- und Solarbranche sowie weite Teile des Baugewerbes, also das heimische Gewerbe. Das Geld bleibt hier und fliesst nicht zu Ölscheichs, Kriegstreibern und Schurkenstaaten. Zudem fördern diese Investitionen auch Innovationen. Als führender Wirtschaftsstandort muss die Schweiz die Energiewende als Chance nutzen.

Das ist gut investiertes Geld, weil wir noch teurere Klimaschäden verhindern, Energiesicherheit gewinnen und das lokale Gewerbe profitieren lassen. Wir investieren heute und sparen morgen. Das Klimaschutzgesetz ist gut für uns alle, für das Klima, für unsere Umwelt, für die nächsten Generationen.



Sandro Pirovino

Vize-Präsident Grünliberale Graubünden
Projektleiter im Spital Thusis und bei der Kulturinstitution Origen

«Eine intakte Natur ist wichtig für unsere Gesundheit, unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft und unsere vielfältige Kultur. Mit dem Klimaschutzgesetz setzen wir die Rahmenbedingungen, um ihr Sorge zu tragen. Und dies ohne Verbote oder zusätzliche Steuern und Abgaben, im Gegenteil, das Klimaschutzgesetz bringt Wertschöpfung in unsere Bergregionen.»

Der Klimawandel ist gemäss der Weltgesundheitsorganisation WHO die grösste Gesundheitsbedrohung für unsere Gesellschaft. In unseren Alpenregionen steigen die Temperaturen gemäss dem Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz schweizweit am stärksten.

Die Auswirkungen merken wir bereits heute. Häufigere Hitzetage gefährden insbesondere Menschen mit Vorerkrankungen, Kinder und ältere Menschen und führen vermehrt zu Todesfällen. Die Verbrennung von Öl, Gas und Kohle verschmutzt die Luft. Die Lärmemissionen durch ein noch stets steigendes Verkehrsaufkommen von Motorfahrzeugen mit Verbrennungsmotoren, wie auch bei uns wieder über Ostern oder zu Ferienzeiten spürbar, belasten zunehmend. Die daraus resultierenden Gesundheitskosten für unsere Gesellschaft betragen heute mehrere Milliarden Franken pro Jahr.

Deswegen braucht es eine gesetzliche Verankerung des Klimaschutzes, die diesen Tendenzen entgegenwirkt. Mit dem Klimaschutzgesetz können wir diese massiven externen Kosten reduzieren und die Emissionen stark vermindern. Dies kommt auch der Gesundheit unserer Gesellschaft zu Gute.

Eine intakte Natur ist die Basis für unsere Lebensbedingungen und bietet ein grosses Potential für Graubünden. Sie ist nicht nur für die Gesundheit, sondern auch für unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft und unsere vielfältige Kultur, welche eingebettet sind in unserer einzigartigen Umwelt, unersetzlich. Mit dem Klimaschutzgesetz setzen wir die Rahmenbedingungen, um ihr Sorge zu tragen.

Das Klimaschutzgesetz bietet aber auch eine grosse Chance für Graubünden. Die Schweiz zahlt durchschnittlich 8 Milliarden Franken pro Jahr für fossile Energie ins Ausland. Als Bergkanton verfügen wir topografisch über optimale Bedingungen für den Ausbau der eigenen Energieproduktion von Wasser- und Solarenergie. Die Sanierung von Gebäuden und die Förderung des Heizungersatzes bringt Wertschöpfung in unsere Bergregionen.

Das Klimaschutzgesetz fördert ohne Verbote oder zusätzliche Steuern und Abgaben sinnvolles Verhalten. Für unsere Natur, unsere Gesundheit und unsere Wirtschaft. Deshalb sage ich am 18. Juni überzeugt JA zum Klimaschutzgesetz.



Franziska Preisig (heute in Stellvertretung für Jon Pult, Nationalrat SP)
Grossrätin SP, Dozentin und freischaffende Juristin

«Wir müssen endlich handeln, uns schweizweit konkret verpflichten, Verantwortung für kommende Generationen sowie als reiche Nation auch weltweit übernehmen. Genau das tun wir mit einem JA zum Klimaschutz-Gesetz.»

Ich wohne in Samedan. Wenn die Gefriertruhe der Alpen zum lausigen Kühlschranks wird, dann stimmt definitiv etwas nicht mehr! Und wir sind auf dem Weg dorthin: In Samedan war der diesjährige Winter nochmals 2° C wärmer als im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Der stolze Morteratschgletscher ist innert wenigen Jahren zum runzligen Greis geschmolzen. Ich spüre den Klimawandel tagtäglich vor meiner Haustür, sehe, wie das milchige Gletscherwasser den Inn hinunter fliesst. Wie schlimm muss die Situation dort sein, wo kein Wasser mehr fliesst?! Dort wo Existenzen bereits kaputt sind aufgrund des Klimawandels?!

Wir stehen gemeinsam in der Pflicht zu handeln. Das vorliegende Klimaschutz-Gesetz als pragmatischer Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative verpflichtet uns nun dazu: Es setzt auf Investitionen und die Förderung von Innovationen mit dem klaren Ziel der Klimaneutralität bis 2050. Zur Erreichung dieses Ziels definiert es Zwischenziele für die einzelnen Sektoren Gebäude, Verkehr und Industrie (Art. 4) und verpflichtet auch die Legislative durch Gesetzesanpassungen alle anderen Branchen, wie die Finanz-, Land- oder Waldwirtschaft, in die Pflicht zu nehmen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 (Art. 12). Der Kanton Graubünden kann in all diesen Sektoren bzw. Branchen – vielleicht abgesehen von der Finanzbranche (lassen wir diese am Paradeplatz) – als Alpenkanton überall nur profitieren, wie bspw. durch innovative Projekte für die erneuerbare Energiegewinnung in Ergänzung oder Kombination mit der bestehenden Wasserkraft. Mit unserem bereits beschlossenen Aktionsplan Green Deal sind wir anderen Kantonen gar eine Nasenlänge voraus, wovon wiederum v.a. unsere KMUs, unser Forschungsplatz oder unsere Landwirtschaft profitieren können.

Dieses Gesetz ist ein «Impact Investment» für unseren Lebensraum und für kommende Generationen. Wobei «Impact» für eine Wirkung steht, welche über die primäre Rendite hinausgeht und mehr generiert als nur Geld. Die Hintergrundidee von «Impact Investment», nämlich jede Investition auf ihre langfristige Nachhaltigkeit (Wirkung) in ihren drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales zu hinterfragen, gibt uns das Klimagesetz mit dem konkreten Absenckpfad nun vor: jetzt in Forschung und innovative Ideen investieren, wovon wir später alle profitieren.

Packen wir diese grosse Chance, wecken wir den helvetischen Pioniergeist, aber auch unseren Ehrgeiz und nehmen die unbestritten grossen Herausforderungen in Sachen Klimaschutz an, um auch international wieder eine Vorbildrolle einzunehmen!

Übernehmen wir diese Verantwortung für uns, für unseren Lebensraum sowie für kommende Generationen und stimmen JA zum Klimaschutz-Gesetz.